Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa, Fernruf 1237, Postfach Nr. 59

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain behördlich bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen

Postscheckkonto Dresden 1580, Girokasse: Riesa Nr. 59

№ 149 — Mittwoch, 30. Juni 1937, abends — 90. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rpf., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundschrift: Petit 3 mm hoch). Ziffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

Die bisherige Nichteinmischungspolitik gefährdet

Ueberwachung der portugiesisch-spanischen Grenze eingestellt

)(London. Wie mehrere Morgenblätter melden, fand am Dienstag abend in der Downingstreet eine **Ministerbesprechung** statt, in der die Lage im Nichteinmischungsausschuß besprochen wurde. Auch in der heutigen wöchentlichen **Kabinettssitzung** wird sehr wahrscheinlich das Nichteinmischungsproblem und die Versuche, eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden, besprochen werden. Auf Grund des Verlaufs der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses wird die Lage von den meisten Blättern, die teilweise einen völligen Zusammenbruch des Kontrollplanes voraussagen, recht pessimistisch beurteilt.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" unterstreicht, **daß die deutschen und die italienischen Vertreter auf der gestrigen Sitzung des Ausschusses energische Einwendungen gegen eine Uebernahme der gesamten Küstenkontrolle durch Frankreich und England erhoben hätten,** während der Plan von den Vertretern Sowjetrußlands, Belgiens, der Tschechoslowakei und Schwedens begrüßt worden sei. **Es bestehe im übrigen kein Zweifel, daß bis zum Ende dieser Woche das ganze Nichteinmischungssystem im „Schmelztiegel" sein werde.**

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost" schreibt, daß die bisherige Nichteinmischungspolitik Gefahr laufe, zusammenzubrechen. Angesichts der Stellungnahme des deutschen und italienischen Vertreters auf der gestrigen Sitzung des Ausschusses seien die Aussichten auf eine Vereinbarung nicht hervorragend. **Wenn Deutschland und Italien eine Ausfüllung der Kontrollücke durch England verweigerten und wenn kein anderes Mittel zur Verhinderung der Waffeneinfuhr nach Spanien auf dem Seewege gefunden werde, dann werde die Nichteinmischung voraussichtlich über Bord gehen.** In diesem Falle würde England wahrscheinlich eine Neutralitätserklärung abgeben und den beiden spanischen streitenden Parteien die Rechte der Kriegführung zuerkennen. Die britischen Handelsschiffe wären dann verpflichtet, sich der Aufbringung und Durchsuchung durch die Kriegsschiffe beider Parteien zu unterziehen. Frankreich würde entweder dem Beispiel Englands folgen oder aber weiterhin nur Valencia anerkennen.

Der diplomatische Korrespondent der „Times" betont, daß Antworten auf den englisch-französischen Plan oder Gegenvorschläge bis zur nächsten Sitzung des Unterausschusses am nächsten Freitag erforderlich seien. **Der Vertreter Portugals, so meldet das Blatt weiter, habe sich gestern weder auf die englisch-französische noch auf die deutsch-italienische Stellungnahme festgelegt. Die portugiesische Regierung habe jedoch die Ueberwachung der portugiesisch-spanischen Grenze durch britische Beobachter bis auf weiteres eingestellt mit der Begründung, daß die endgültige Zurückziehung Deutschlands und Italiens von der Seekontrolle das Gleichgewicht in dem Kontrollplan gestört habe.** Dieser Zustand sei jedoch nur provisorisch und könne abgeändert werden, wenn die Lücke in der Küstenkontrolle ausgefüllt werden sollte. Das britische Beobachterkorps an der portugiesisch-spanischen Grenze werde zwar seine Tätigkeit vorläufig einstellen, aber auf seinem Posten bleiben.

Graf Grandi, so schreibt die „Times" dann, habe unter anderem betont, der neue Vorschlag sehe vor, daß die Kontrolle an der Küste von zwei Regierungen durchgeführt werde, die General Franco niemals ein einziges Recht zugestanden hätten. Dem will das Blatt gegenüberstellen, daß die britische Regierung durch ihr Angebot, ausländische Beobachter auf den britischen Kriegsschiffen an Bord zu nehmen, einen Beweis ihrer strikten Unparteilichkeit gegeben habe.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" meldet, in London glaube man, daß sich bis zum Freitag weitere Schwierigkeiten in der Frage der zukünftigen Zusammenarbeit ergeben würden. Man halte ein Kompromiß für möglich, wenn England und Frankreich die beiden spanischen Parteien als kriegführende Mächte anerkennen würden, während Deutschland und Italien ihrerseits sich bereit erklären würden, zum mindesten einen Teil des ursprünglichen Nichteinmischungsabkommens aufrecht zu erhalten.

Die marxistische und liberale Presse sieht in dem Verlauf der gestrigen Besprechungen einen willkommenen Anlaß, Deutschland und Italien der „Obstruktion" zu beschuldigen.

Die amtliche Mitteilung über die Sitzung des Hauptausschusses des Nichteinmischungsausschusses

)(London. Ueber die Sitzung des Hauptausschusses des Nichteinmischungsausschusses am Dienstag vormittag wurde folgende **amtliche Mitteilung** veröffentlicht:

Am heutigen Vormittag, 11 Uhr, fand im englischen Außenamt die 55. Sitzung des Hauptausschusses des Nichteinmischungsausschusses statt. Bei Eröffnung der Sitzung gab der **italienische Vertreter** folgende Erklärung ab: „Der Vertreter des Valencia-Ausschusses in London hat kürzlich eine Pressemitteilung veröffentlicht, die wilde Behauptungen über kürzliche Landungen italienischer Truppen in Spanien enthielt. Nicht zum ersten Male veröffentlichte die fragliche Vertretung durch die Presse ähnliche phantastische Berichte. Es ist nicht meine Aufgabe, irgendeine Meinung über den Gebrauch zu äußern, den die Vertretung Valencias von dem ihr zugestandenen diplomatischen Statut macht, doch wünsche ich zu erklären, **daß nicht ein einziger italienischer Freiwilliger mein Land nach Spanien verlassen hat, seit ein diesbezügliches Verbot verabredet worden ist".**

Der Ausschuß befaßte sich sodann mit der Frage des **Flottenüberwachungsschemas. Lord Plymouth** gab im Namen der englischen Regierung eine Erklärung ab, in der er nach Bezugnahme auf die Entwicklung der Lage seit der letzten Sitzung gewisse Vorschläge zur Wiederherstellung des Flottenüberwachungsschemas vortrug, die die englische und die französische Regierung beschlossen haben, dem Ausschuß vorzulegen. Nach diesen Vorschlägen wären die englische und die französische Regierung bereit, die Verantwortung für die Durchführung des Flottenüberwachungsschemas für die Gesamtheit der Küsten Spaniens zu übernehmen. Sie erklärten sich grundsätzlich mit der Ernennung neutraler Beobachter einverstanden, die auf den Ueberwachungsschiffen stationiert werden sollen. Die Vorschläge besagen, daß die englische Regierung die Verantwortung tragen sollte für die Flottenüberwachung derjenigen Teile der spanischen Küste, die sich in den Händen des Valencia-Ausschusses befinden, und daß die französische Regierung und die englische Regierung die Verantwortung für die Ueberwachung derjenigen Abschnitte der spanischen Küsten sich teilen sollten, die jetzt in den Händen von General Franco sind, und zwar in einer Weise, die zwischen den beiden Regierungen zu vereinbaren ist. Bei weitem der größere Teil der zuletzt genannten Küsten würde unvermeidlich der französischen Zone zugeteilt werden. Der belgische, tschechoslowakische, schwedische und sowjetrussische Vertreter begrüßten im Namen ihrer Regierungen die englisch-französischen Vorschläge.

Im Verlauf des Gedankenaustausches brachten der deutsche und der italienische Vertreter, indem sie sich bereit erklärten, die englisch-französischen Vorschläge ihren Regierungen zu übermitteln, schwerste grundsätzliche Bedenken gegen jeden Vorschlag zum Ausdruck, der nicht auf dem notwendigen Gleichgewicht derart aufgebaut ist, daß die volle Unparteilichkeit der Ueberwachung sichergestellt werde. Gleichzeitig gaben die beiden Vertreter an, daß ihre jeweiligen Regierungen beschlossen haben, ihre Staatsangehörigen, die augenblicklich als Ueberwachungsbeamte unter dem Ueberwachungsschema beschäftigt sind, anzuweisen, ihre Posten aufzugeben.

Beim Abschluß der Aussprache kamen alle Vertreter überein, ihren jeweiligen Regierungen die Vorschläge, die dem Ausschuß von den Regierungen Englands und Frankreichs mit der Bitte um sofortige diesbezügliche Anweisungen vorgelegt waren, zu übermitteln.

Der nächste Punkt auf der Tagesordnung war der **Plan zur Zurückziehung nichtspanischer Staatsangehöriger aus Spanien, die an dem augenblicklichen Konflikt beteiligt sind.** Lord Plymouth erklärte, daß die englische Regierung sehr besorgt darum sei, daß man in dieser Angelegenheit zu frühest möglichen Zeitpunkt Fortschritte machen kann. Der französische Vertreter erklärte, daß die französische Regierung, um mit der allgemeinen Maßnahme der Zurückziehung zu beginnen, anregen möchte, daß Vorkehrungen für die sofortige Zurückführung aller nichtspanischen Staatsangehörigen in Spanien, die zur Zeit kriegsgefangen oder verwundet wären, getroffen würden.

Nach einer weiteren Aussprache kam man überein, daß die nächste Sitzung des Hauptunterausschusses am kommenden Freitag vormittags 11 Uhr abgehalten werden solle, und daß auf dieser Sitzung sowohl die Frage der Seeüberwachung wie der Zurückziehung der am augenblicklichen Konflikt in Spanien beteiligten nichtspanischen Staatsangehörigen beraten werden solle.

Italienische Presse fordert allgemeine Anerkennung Francos

„Keine Kunstgriffe für den Bolschewismus"

)(Mailand. Zu der Zurückweisung des französisch-englischen Planes, eine einseitige Kontrolle in Spanien zu übernehmen, schreibt der Mailänder „Popolo d'Italia", **der Widerstand Italiens und Deutschlands sei durch die Tatsache berechtigt, daß Frankreich und England bei den Ereignissen in Spanien eine parteiische Haltung zugunsten der Bolschewisten eingenommen hätten.** Eine einseitige englisch-französische Ueberwachung würde unvermeidlich **ebenfalls parteiisch** sein und sei daher nicht zuzulassen. Spanien könne nicht den bolschewistenfreundlichen Mächten überlassen werden. Die Achse Berlin—Rom, die feste Garantie der Ordnung in Europa, könne weder dulden, daß Entscheidungen ohne Italien und Deutschland getroffen würden, noch daß das Diplomatische Spiel durch Kunstgriffe eine Situation zugunsten des Bolschewismus im Westen schaffe.

Die parteiische Stellungnahme der bolschewistenfreundlichen Mächte sei nicht nur durch die **ständige Belieferung der Bolschewisten,** sondern auch durch die hartnäckige Feindseligkeit **gegen die Nationalregierung** bewiesen, die immer noch als „illegitim", „aufrührerisch" und als „nicht kriegführend" betrachtet werde, während die Mißregierung der aufständischen Verbrecher von Valencia immer noch anerkannt sei. Es sei falsch, zu behaupten, daß das Kontrollsystem durch die Schuld Deutschlands und Italiens in eine Krise geraten sei. Dieses System sei gescheitert, weil die englisch-französische Solidarität verweigert wurde. Der Vorschlag, einen französisch-englischen Gürtel um Spanien zu schaffen, würde bedeuten, Spanien den Seemächten **Frankreich und England zu unterwerfen. Der Grundsatz** der Nichteinmischung würde der Tatsache der Einmischung zugunsten des einen Teiles weichen. **Die Einschiffung von neutralen Beobachtern auf den französischen und englischen Einheiten würde keinerlei Garantie bedeuten.** Auch der Vorschlag, deutsche und italienische Beobachter in die Grenzkontrolle entlang den Pyrenäen hineinzunehmen, könne die französisch-englische Seekontrolle um Spanien nicht aufwiegen. **Die Praxis habe bewiesen, daß sich die ausländischen Beobachter dem guten Willen der dortigen französischen leitenden Stellen zu unterwerfen hätten, die sich mit vielen Dingen beschäftigen, nur nicht mit den Sachen, die zu beaufsichtigen wären.**

„Corriere della Sera" erklärt, auch die Haltung Portugals, das gewiß nicht englandfeindlich sei, müßte den Sowjetfreunden aller Länder zu denken geben. Die Gefahr einer Bolschewisierung Spaniens werde von allen gefühlt. Die Funktionen und die moralische Autorität des Ausschusses seien schwer getroffen worden, seit die Vertreter Englands und Frankreichs nach dem Anschlag auf die „Leipzig" sich entschieden weigerten, auch nur einen Finger gegen die Angreifer zu rühren. Jedes zukünftige Projekt müsse streng in der Bahn der Logik bleiben, in der die Ehre Deutschlands und Italiens zwei wesentliche Punkte darstellten.

Die „Gazetta del Popolo" stellt fest, daß sich Italien und Deutschland geweigert hätten, Spanien den Händen Englands und Frankreichs auszuliefern und stellt ironisch die Gegenfrage, **ob etwa jene beiden Mächte geneigt wären, die gesamte Ueberwachung Italien und Deutschland zu überlassen.** Das Blatt erinnert daran, daß die Freiwilligen-Frage nichts Neues und auch nicht eine englische Erfindung sei, denn Graf Ciano habe sie bereits im Januar vergeblich angeschnitten. Jetzt, nachdem sich das Schicksal auf die Seite Francos neige, zeige England, gemeinsam mit den internationalen Marxisten, die größte Eile, die Freiwilligen zurückzuziehen. **Vieles würde sich klarer und weniger gefährlich gestalten, wenn England und Frankreich endlich General Franco die Eigenschaften eines „kriegführenden" zuerkennen würden.**

Der Führer

empfing den italienischen Senator Puricelli zur Besprechung der Autobahn Berlin—Rom

)(Berlin. **Das dem Führer im Dezember v. Js. und Januar d. Js. durch Herrn Senator Puricelli vorgetragene Projekt einer Autobahn Rom—Innsbruck—München, welche mit dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen besprochen wurde, ist auf italienischer Seite nunmehr geprüft worden. Es ist mit einem baldigen Baubeginn auf italienischer Seite zu rechnen.**

Die Unterhandlungen mit Oesterreich sind soweit gediehen, daß von österreichischen Ingenieuren nunmehr untersucht wird, welche Linienführung von Innsbruck zur deutschen Grenze als die zweckmäßigste für die österreichischen Verkehrsverhältnisse erscheint.

Der Führer hat in diesen Tagen Herrn Senator Puricelli in Begleitung des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen empfangen. Er hat dabei sein großes Interesse an diesem Plan bekundet. **Von deutscher Seite wird es möglich sein, den deutschen Anteil dieser großen Straßenachse Rom-Berlin, die Strecke Berlin—München—Reichsgrenze, bis zu der 1941 vorgesehenen Weltausstellung in Rom fertig zu stellen.**

Ordensverleihungen

an führende italienische Offiziere und Staatsmänner

)(Berlin. Der Führer und Reichskanzler hat in Anerkennung ihrer Verdienste um die deutsch-italienischen Beziehungen dem Marschall **Badoglio,** den Generälen **Pariani** und **Valle,** dem Admiral **Cavagnari,** dem Staatsminister Graf **Volpi** und dem Staatssekretär **Ricci das Großkreuz des Ordens vom Deutschen Adler,** ferner dem Divisionsgeneral **Villa Santa,** dem Ehrengouverneur **Corni,** dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. **Pirelli** und dem Vorsitzenden des faschistischen Industrie-Arbeiterverbandes, **Cianetti, das Verdienstkreuz des Ordens vom Deutschen Adler mit dem Stern** verliehen.

Der Reichskriegsminister in Gran

Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg unternahm in den Nachmittagsstunden des Dienstag eine Besichtigungsfahrt nach **Gran,** wo die noch unter dem verstorbenen Ministerpräsidenten Gömbös eingeleiteten großen Ausgrabungen des Arpadenschlosses aus dem elften Jahrhundert besichtigt wurden. In den Abendstunden kehrte der Reichskriegsminister nach Budapest zurück.

Zu Ehren des Generalfeldmarschalls von Blomberg veranstaltete am Abend der ungarische Honvedminister General Roeder ein offizielles Essen, an dem der Ministerpräsident und zahlreiche maßgebende Persönlichkeiten teilnahmen. An das Essen schloß sich ein offizieller Empfang.

Nationalspanische Kriegsschiffe beschossen die spanische Mittelmeerküste

)(Salamanca. Die nationalen Rundfunksender melden, daß nationalspanische Kriegsschiffe am Dienstag morgen die Mittelmeerküste zwischen Sagunto und Valencia beschossen haben. Die dort angelegten Küstenbefestigungen seien teilweise zerstört worden. Das bolschewistische Kriegsschiff „Dabalo" sei getroffen worden.